

339591-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Landessammelstelle RLP, Ellweiler

OJ S 111/2024 10/06/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Ministerium der Finanzen, vertreten durch die Zentrale des Landesbetriebs Liegenschafts- und Baubetreuung, vertreten durch die LBB-Niederlassung Idar-Oberstein, vertreten durch die Niederlassungsleitung
E-Mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wirtschaftliche Angelegenheiten

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Landessammelstelle RLP, Ellweiler

Beschreibung: Die Leistungen des Auftragnehmers (AN) umfassen die Objektplanung - Gebäude, Leistungsphasen 1-9 gem. § 34 HOAI und die Fachplanung Technische Ausrüstung, Leistungsphasen 1-9 gem. § 55 HOAI für die Anlagengruppen 1-8 für den Umbau und die Modernisierung des Landessammelstelle Rheinland-Pfalz, Ellweiler. Der Fachplaner für die Technische Ausrüstung soll in diesem Projekt federführend wirken. . Es sind u. a. folgende Besondere Leistungen zu erbringen für Objektplanung: -Überprüfung der Bestandsdokumentation -Aufstellen von Raumbüchern, Fortschreiben von Raumbüchern - Erarbeiten und Erstellen von besonderen bauordnungsrechtlichen Nachweisen für den vorbeugenden und organisatorischen Brandschutz bei baulichen Anlagen besonderer Art und Nutzung, Bestandsbauten oder im Falle von Abweichungen von der Bauordnung -Überwachen der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfristen -Bestandsdokumentation. . Es sind u. a. folgende Besondere Leistungen zu erbringen für Technische Ausrüstung: - Generalplanerleistungen -Überprüfen der Bestandsdokumentation -Detaillierter Wirtschaftlichkeitsnachweis für technische Anlagenteile -Betriebskostenrechnung für technische Anlagenteile -Erstellen des technischen Teils eines Raumbuches -Erstellen und Fortschreiben des technischen Teils eines Raumbuches -Aufstellen einer gewerbeübergreifenden Brandschutzmatrix -Erarbeiten der Wartungsplanung und -organisation -Ausschreiben von Wartungsleistungen, Fortschreiben der Ausführungspläne, bis zum Bestand -Überwachung der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfristen -Energie Monitoring innerhalb der Gewährleistungsphase, Mitwirkung bei den jährlichen Verbrauchsmessungen aller Medien -Vergleich mit den Bedarfswerten aus der Planung, Vorschläge für die Betriebsoptimierung und zur Senkung des Medien- Energieverbrauches - Überprüfung der Bestandsdokumentation

Kennung des Verfahrens: 086838fd-c58c-4583-a625-50d0bed8f873

Interne Kennung: 24D0125

Verfahrensart: Nichtoffenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71356400 Technische Planungsleistungen, 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71250000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Birkenfeld

Postleitzahl: 55765

Land, Gliederung (NUTS): Birkenfeld (DEB15)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXPLYDYFYB 1) Bewerber-/Bietergemeinschaften (BGen) BGen, die sich erst nach der Einreichung des Angebots gebildet haben, werden nicht zugelassen. Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer BG sind unzulässig u. führen zum Ausschluss aller betroffenen BGen. Für jedes Mitglied der BG ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Liegt bei einem Mitglied einer BG ein Ausschlussgrund nach den §§ 123, 124 GWB oder aufgrund des Bezugs zu Russland i.S.d. "Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren" (Artikel 5k) vor, so muss dieses Mitglied ersetzt werden. Bei BGen sind nur ein Projektleiter und ein Bauleiter zu benennen. Die Leistungsabgrenzung innerhalb der BG ist darzustellen. 2) Eignungsleihe (§ 47 VgV) Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche u. finanzielle sowie die technische u. berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch zu nehmen u. erfüllt dieses Unternehmen die entsprechenden Eignungskriterien nicht od. liegt bei diesem Unternehmen ein Ausschlussgrund nach den §§ 123, 124 GWB od. aufgrund des Bezugs zu Russland i.S.d. Verordnung (EU) 2022/576 vor, so muss dieses Unternehmen ersetzt werden. Für jedes Unternehmen, dessen Kapazitäten in Anspruch genommen werden sollen, ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten des anderen Unternehmens zur Verfügung stehen, hat er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. 3) Unteraufträge (§ 36 VgV) Beabsichtigt der Bewerber eine Unterauftragsvergabe, so hat der Bewerber die Teile des Auftrags, die er an Dritte zu vergeben beabsichtigt, u. - soweit bekannt - die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Der Bewerber hat mit dem Teilnahmeantrag im Bewerbungsbogen Angaben zu den vorgesehenen Unterauftragnehmern u. dessen Vertretern sowie Erklärungen zum Vorliegen von Ausschlussgründen zu machen. Liegt bei dem Unterauftragnehmer ein Ausschlussgrund nach § 123 GWB, § 124 GWB od. aufgrund des Bezugs zu Russland i.S.d. Verordnung (EU) 2022/576 vor, so muss dieses Unternehmen ersetzt werden. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er vor Zuschlagserteilung entsprechende Verpflichtungserklärungen vorzulegen. 4) Vergabeunterlagen / Teilnahmeantrag / Vorlage von Nachweisen, Angaben und Unterlagen Für den Teilnahmeantrag sind die vom Auftraggeber

zur Verfügung gestellten Formulare bzw. die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) zu verwenden und vollständig ausgefüllt, in deutscher Sprache und in Textform (§ 126b BGB) bei der angegebenen Kontaktstelle einzureichen. Eine Unterschrift od. Signatur auf dem Teilnahmeantrag sowie auf den geforderten Anlagen ist nicht erforderlich. Es ist jedoch zwingend an den dafür vorgesehenen Stellen der Name der bevollmächtigten, natürlichen Person anzugeben, die für den Bieter die Eigenerklärung abgibt. Der Teilnahmeantrag ist mit allen geforderten Erklärungen u. Nachweisen vollständig elektronisch über den Projektraum zum Verfahren auf dem Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz (VMP RLP) bei der angegebenen Kontaktstelle einzureichen. Die Unterlagen sind ausschließlich im Projektraum im Bereich "Teilnahmeanträge" hochzuladen. Der Teilnahmeantrag muss alle geforderten Erklärungen u. Nachweise enthalten. Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen. Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig. Nicht form- u. fristgerecht od. in Papierform eingereichte Teilnahmeanträge/ Bewerbungsbögen u. Unterlagen bzw. formlose Anträge, die nicht unter Verwendung der Formulare des Auftraggebers bzw. der EEE gestellt werden, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen. Für die Erstellung und Einreichung des Teilnahmeantrags sowie der späteren Angebote und der weiteren Erklärungen und Nachweise / Unterlagen werden keine Entschädigungen / Vergütungen gezahlt. 5) Erhalt der Vergabeunterlagen/Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich im Projektraum zum Verfahren auf dem VMP RLP zur Verfügung gestellt. Diese können dort kostenlos bis zum Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge heruntergeladen werden u. Nachrichten der Vergabestelle können dort eingesehen werden. Es gelten hierfür die AGB des VMP RLP. 6) Kommunikation Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über den VMP RLP. 7) zur elektronischen Rechnungsstellung Entgegen der systemseitigen Voreintragungen bei den Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen bzw. bei den Bedingungen für die Auftragsvergabe ist eine elektronische Rechnungsstellung zulässig aber NICHT erforderlich. 8) zur Begrenzung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt nach Prüfung der Vollständigkeit der vorzulegenden Erklärungen und Nachweise auf der Grundlage einer einheitlichen Bewertungsmatrix, welche in den Vergabeunterlagen ("Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb") aufgeführt und näher erläutert ist. Folgende Eignungskriterien werden gewertet: Jahresumsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags (Technische Ausrüstung), Beschäftigtenzahl, Anzahl der Referenzen. Die Bewerber mit der höchsten Bewertung werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Bei Punktgleichheit von mehr als 5 Bewerbern entscheidet das Los über die Teilnahme am weiteren Verfahren. 9) Ausschreibungsbedingungen / Ausschlussgründe Es ist eine Erklärung abzugeben, ob die in den §§ 123 oder 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) genannten Ausschlussgründe vorliegen (einschließlich der Ausschlussgründe nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes und § 19 des Mindestlohngesetzes). Es dürfen nur solche Bewerber am Wettbewerb teilnehmen und eine Auftragsvergabe ist nur an solche Bewerber bzw. Bieter möglich, bei denen ein Bezug zu Russland im Sinne der "Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren" (Artikel 5k) nicht vorliegt. Als Nachweis ist eine entsprechende Eigenerklärung (siehe Bewerbungsbogen) vorzulegen. 10) geforderte Angaben zu Maßnahmen zur Qualitätssicherung Der Bewerber hat die Maßnahmen zur Qualitätssicherung zu beschreiben. 11) zu den Fristen - Versand der Aufforderung zur Angebotsabgabe Die Angabe zum Versand der Aufforderung zur Angebotsabgabe ist nur ein voraussichtlicher Termin. Der tatsächliche Aufforderungstermin kann bedingt durch den Verfahrensverlauf davon abweichen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Landessammelstelle RLP, Ellweiler

Beschreibung: Allgemeine Angaben: Die Landessammelstelle Rheinland-Pfalz (Lsst LRP) liegt direkt an der Bundesstraße B41, zwischen der Stadt Birkenfeld und der Ortschaft Neubrücken. Das gesamte Gelände der Liegenschaft ist eingezäunt und im Zufahrtsbereich mit einem Tor mit Gegensprechanlage verschlossen. Die Zufahrt zur Lsst LRP erfolgt ab dem Tor über eine ca. 4,50m breite, befestigte Straße. Alle Straßen und Wege innerhalb der Liegenschaft sind befestigt. Die Lsst LRP für radioaktive Abfälle besteht aus einem Gebäude mit Lager- und Bürotrakt, sowie einem separaten Lagergebäude (Lager 32 und 33). Es werden leicht radioaktive Abfälle aus Medizin, Industrie und Forschung in speziell dafür vorgesehenen Behältern zwischengelagert. Es befindet sich auch eine weitere teils offene und teils verschlossene Halle auf dem Gelände. Gesamtabmessung Lager und Bürotrakt: L x B ca. 42,50 x 39,50 m Höhe Traufe ca. 7,15 m Höhe First ca. 10,20 m z.T. zweigeschossig (UG lediglich als Revisionsgang ausgebildet). Gesamtabmessungen zweites Lagergebäude: L x B ca. 18,00 x 39,50 m Höhe Traufe ca. 7,15 m Höhe First ca. 8,55 m Überdachtes offenes Lager mit Magazin: L x B ca. 3,00 x 18,50 m Höhe Traufe ca. 7,15 m. Um die Nachhaltigkeit beim staatlichen Hochbau in Rheinland-Pfalz und die Bestrebungen zur Errichtung klimaneutraler Gebäude vorbildlich wahrzunehmen, sind in der Planung und Ausführung die Grundsätze des Nachhaltigen Bauens des Landes zu berücksichtigen und umzusetzen. Entsprechend ist das Gebäude unter anderem mit einer Photovoltaikanlage auszustatten. Besonderheit Kontrollbereich: Ein Kontrollbereich ist ein definierter Strahlenschutzbereich gem. Strahlenschutzverordnung (StrlSchV). Der Kontrollbereich befindet sich in der Lsst LRP im Lagerbereich. Der Zugang zu diesem Bereich erfolgt in Abstimmung mit dem Nutzer über eine Schleuse und ist nur nach vorheriger Strahlenschutzunterweisung nach §38 StrlSchV möglich. Besonderheit Planung: Die Planung der Bauausführungen zur Modernisierung und Optimierung ist auf den laufenden Betrieb der Lsst LRP abzustimmen. Hierzu ist eine zwingende Einarbeitung in die Beschreibung der Landessammelstelle erforderlich. Einsicht in die Umgangsgenehmigung, Änderungsgenehmigungen, Ergänzungsgenehmigungen der Lsst LRP, ebenso eine Besichtigung der Landessammelstelle, ebenso eine Ortsbesichtigung, kann während der Angebotsphase gewährt werden. Geschätzte Baukosten (KG200-600) ca. 9.500.000,-EUR Voraussichtliche Termine: Beginn Planung - 01/2025 Geplante Bauausführung - 08/2028. Beschreibung der zu erbringenden freiberuflichen Leistungen: Die Planung und Bauausführungen umfassen die Anlagengruppen 1-8 sowie Objektplanung Gebäude. Stichpunktartige Beschreibung: -Umbau und Modernisierung im Innenbereich (Reparatur- und Umbauarbeiten, erneuern Brandschutztüren, etc.) -Umbau und Modernisierung der Gebäudehülle (Fenster, Fassade, Dach) -Anbau Treppenhaus -Neubau Anlieferungstor als Schleusentor Lager 33 -Errichtung Gefahrstoffcontainer -Erneuerung Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen -Wärmeversorgungsanlagen -Lufttechnische Anlagen - Starkstromanlagen (Notstromaggregat, Niederspannungsverteiler, Verlegesysteme, Belegungsanlagen, Anpassung Blitzschutzanlage) -Fernmelde- oder informationstechnische Anlagen: Gefahrenmeldeanlagen bzw. sonstige Anlagen zur Versorgung und Steuerung sowie, Überwachung wie z.B.: Brandmeldeanlage, Einbruchmeldeanlage, Personenrufanlage, Gaswarnanlage, Fassmessenanlage, CO 2 Löschanlage, Sicherheits- Fluchtwegbeleuchtung, Personenschleuse, Notstromaggregat, zus. mobiles Notstromaggregat, USV, Funkanlage, Entrauchungsanlage, Handschuhbox mit Lüfter Digestoren, Sortierbox, Krananlage, E-Stapler Versorgung, Abluftentfeuchtung der Nasszellen, Isokenetik zur Überwachung der Radioaktivität, im Abluftkamin, Abwassersammelstation, Frischwasserversorgung, Raumlufttechnische Anlagen, Aerosolmessenanlage, Jodmessenanlage, Jodmonitor, Detektoren

Zaunanlage, Videoanlagen, usw. -Nutzungsspezifische Anlagen (Kompressoranlagen, Feuerlöschanlagen, Medienversorgungsanlagen) -Gebäudeautomation -Neubau
Photovoltaikanlage
Interne Kennung: 24D0125

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71356400 Technische Planungsleistungen, 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71250000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Stufenweise Beauftragung: Der AG behält sich eine stufenweise Beauftragung der einzelnen Leistungen entsprechend RL Bau-Vertragsmuster vor. Die in den einzelnen Leistungsstufen zu erbringenden Grundleistungen der Leistungsphasen nach § 34, 55 HOAI gliedern sich wie folgt: Leistungsstufe 1 (LPH 1, 2, 3 und 4), Leistungsstufe 2 (LPH 5 und 6), Leistungsstufe 3 (LPH 7), Leistungsstufe 4 (LPH 8) und Leistungsstufe 5 (LPH 9). Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der Leistungen besteht nicht. Bei stufenweiser Beauftragung kann der AN den Vertrag innerhalb einer Frist von einem Monat kündigen, wenn der AG die Leistungen für die jeweils folgende Stufe nicht innerhalb einer angemessenen Frist abrufen. Eine solche angemessene Frist endet im Regelfall nicht vor Ablauf von 6 Monaten nach vollständiger Erfüllung der Leistungen der vorangegangenen Stufe.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Birkenfeld

Postleitzahl: 55765

Land, Gliederung (NUTS): Birkenfeld (DEB15)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance# Die genannte Vertragslaufzeit beinhaltet nicht die Ausführungszeit für die Leistungen der LPH 9.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- und Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat einen aktuellen Auszug aus dem einschlägigen Berufs-, Handels- oder Partnerschaftsregister einzureichen oder in

Ermangelung eines solchen, eine aktuelle Bescheinigung einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Ursprungs- oder Herkunftslandes vorzulegen, sofern die Gesellschaftsform dies erfordert.

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Befähigung zur Berufsausübung / Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Teilnahmeberechtigt sind nach § 75 VgV natürliche Personen, die nach dem für die Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Architekt - Ingenieur zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden und eine Bauvorlageberechtigung nach § 64 Abs. 2 LBauO Rheinland-Pfalz besitzen. Ein entsprechender Nachweis ist vorzulegen. Juristische Personen oder Bergewerkschaften sind teilnahmeberechtigt, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen nennen, der die vorgenannten Anforderungen erfüllt. Auswärtige Bewerber mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachliche Voraussetzung für ihre Bewerbung, wenn ihre Berechtigung zur Führung der benannten Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU, gewährleistet ist. Sofern die Anerkennung der Berufsqualifikation nicht in der vorgenannten Richtlinie geregelt ist, muss eine Bescheinigung einer autorisierten Stelle über die Anerkennung in Deutschland vorgelegt werden. Für Personen, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften gleichgestellten Staat niedergelassen und dort bauvorlageberechtigt sind, gilt § 64 Abs. 3 bis 5 LBauO RLP. / Für Personen, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften gleichgestellten Staat niedergelassen und dort zur Aufstellung von Standsicherheitsnachweisen berechtigt sind, gilt § 64 Abs. 3 bis 5 LBauO RLP entsprechend.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Berufshaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Als Nachweis ist mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen: eine aktuelle Versicherungsbestätigung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung oder alternativ eine schriftliche Erklärung der Versicherung nicht älter als zwei Monate, den geforderten Versicherungsschutz im Auftragsfall zur Verfügung zu stellen. Der Auftragnehmer / die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) muss eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und ist verpflichtet dem AG jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen. Er/Sie hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistungen pro Versicherungsjahr bzw. für alle Versicherungsfälle bei dem Projekt mindestens das Zweifache der Deckungssummen beträgt. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (also ohne Unterscheidung nach Sach- und Personenschäden) ist eine zusätzliche schriftliche Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den jeweils geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Bei einer Bergewerkschaft / ARGE muss der Versicherungsschutz bzw. die Versicherungserklärung auf die ARGE ausgestellt sein und eine gesamtschuldnerische Haftung auch für Schäden im Verantwortungsbereich einzelner Mitglieder der ARGE bestätigen. Alternativ kann eine Versicherungsbestätigung über den

geforderten Versicherungsschutz von allen ARGE-Mitgliedern vorgelegt werden, wenn und soweit gerade auch die Tätigkeit in einer ARGE mit Haftung für die gesamte ARGE, auch für die Leistungsbereiche der weiteren ARGE-Mitglieder, mitversichert ist; aus der Bescheinigung muss eindeutig hervorgehen, dass diese Tätigkeit in einer ARGE mit Außenhaftung für die gesamte ARGE, auch für die Leistungsbereiche der weiteren ARGE-Mitglieder enthalten ist. Als Mindeststandards werden gefordert: Berufshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers / der ARGE für alle beauftragten Leistungen mit einer Deckungssumme von mind. 2,0 Mio. EUR für Personenschäden und von mind. 2,0 Mio. EUR für sonstige Schäden und einer mindestens 2-fachen Maximierung bei einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder Kreditversicherers. Bei einer Bergewerkgemeinschaft bzw. ARGE muss der Versicherungsschutz eine gesamtschuldnerische Haftung auch für Schäden im Verantwortungsbereich einzelner Mitglieder der ARGE abdecken.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erklärungen des Bewerbers (Einzelunternehmen bzw. Bergewerkgemeinschaft) gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV über den spezifischen Jahresumsatz (brutto) in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags (Technische Ausrüstung). Die Jahresumsätze der Mitglieder einer Bergewerkgemeinschaft bzw. der benannten Nachunternehmer, welche die Leistungen tatsächlich erbringen, werden aufaddiert. Als Mindeststandards werden gefordert: Der spezifische Jahresumsatz brutto im Bereich des Auftrags (Technische Ausrüstung) der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre muss im Durchschnitt mind. 250000 EUR pro Jahr betragen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 12,50

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Berufsqualifikation der technischen Fach- und Führungskräfte

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die nachfolgend im Einzelnen aufgeführten technischen Fach- und Führungskräfte (Definition Führungskraft: Eine Person, die Leitungsfunktion und Führungsverantwortung hat. Hierzu zählen u.a. auch Projektleiter, Bauleiter und deren Stellvertreter.) namentlich und mit beruflicher Qualifikation anzugeben: - der Projektleiter und - der Bauleiter. Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen (Anlage zum Bewerbungsbogen) zur Verfügung gestellt. Die in den Mindeststandards geforderten beruflichen Qualifikationen sind nachzuweisen. Als Mindeststandards werden gefordert: Der Projektleiter für Objektplanung Gebäude muss mindestens folgenden Abschluss haben: Dipl.-Ing. / Dipl.-Ing. FH oder Master/Bachelor in der Fachrichtung: Architektur, Bauingenieurwesen mit mindestens 5 Jahren Berufserfahrung in der entsprechenden Fachrichtung. Der Bauleiter für Objektplanung Gebäude muss mindestens folgenden Abschluss haben: Dipl.-Ing. / Dipl.-Ing. FH oder Master/Bachelor in der Fachrichtung: Architektur, Bauingenieurwesen mit mindestens 5 Jahren Berufserfahrung in der entsprechenden Fachrichtung, davon mindestens 3 Jahre in der Baustellenpraxis.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Berufsqualifikation der technischen Fach- und Führungskräfte

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die nachfolgend im Einzelnen aufgeführten technischen Fach- und Führungskräfte (Definition Führungskraft: Eine Person, die Leitungsfunktion und Führungsverantwortung hat. Hierzu zählen u.a. auch Projektleiter, Bauleiter und deren Stellvertreter.) namentlich und mit beruflicher Qualifikation anzugeben: - Projektleiter und - Bauleiter. Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen (Anlage zum Bewerbungsbogen) zur Verfügung gestellt. Die in den Mindeststandards geforderten beruflichen Qualifikationen sind nachzuweisen. Als Mindeststandards werden gefordert: Der Projektleiter für die Technische Ausrüstung muss mindestens folgenden Abschluss haben: Dipl.-Ing. / Dipl.-Ing. FH oder Master/Bachelor in der Fachrichtung: Versorgungstechnik, Elektrotechnik oder vergleichbare Fachrichtung mit mindestens 5 Jahren Berufserfahrung in der entsprechenden Fachrichtung. Der Bauleiter für die Technische Ausrüstung muss mindestens folgenden Abschluss haben: Dipl.-Ing. / Dipl.-Ing. FH oder Master/Bachelor in der Fachrichtung: Versorgungstechnik, Elektrotechnik oder vergleichbare Fachrichtung mit mindestens 5 Jahren Berufserfahrung in der entsprechenden Fachrichtung, davon mindestens 3 Jahre in der Baustellenpraxis.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenzen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Für den Bewerber (Unternehmen/Büro) / die Bewerbungsgemeinschaft, den Projektleiter und den Bauleiter sind aussagekräftige projektbezogene Referenzunterlagen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge einzureichen. Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen (Anlage zum Bewerbungsbogen) zur Verfügung gestellt. Es werden alle Referenzen über einschlägige Dienstleistungsaufträge berücksichtigt, welche im zugelassenen Referenzzeitraum liegen und die geforderten Mindeststandards erfüllen. Zu den Referenzprojekten sind folgende Angaben über ein Projektdatenblatt abzugeben: a) Bezeichnung der Baumaßnahme, b) Auftraggeber mit Name und Anschrift, c) Schwierigkeitsgrad der Baumaßnahme (Honorarzone), d) erbrachte Leistungsphasen, e) Zeitraum der Leistungserbringung (von/bis) und Abschluss der LPH 8 und der Bauausführung, f) Kurze Beschreibung der Baumaßnahme. Für die Referenzprojekte gelten folgende Mindestanforderungen: Für das Unternehmen für die Objektplanung Gebäude: Mindestens eine Referenz über die Planung, Ausschreibung und Objektüberwachung (LPH 2-8 § 34 HOAI) für den Umbau u./od. Modernisierung eines Gebäudes, Schwierigkeitsgrad mind. HZ III. Es werden alle Referenzen zugelassen, bei denen die LPH 8 nach dem 01.04.2014 abgeschlossen wurde und die LPH 8 oder die Bauausführung vor dem Ende der Teilnahmefrist abgeschlossen ist. Für den Projektleiter für die Objektplanung Gebäude: Mindestens eine Referenz über die Planung, Ausschreibung und Objektüberwachung (LPH 2-8 § 34 HOAI) für den Umbau u./od. Modernisierung eines Gebäudes, Schwierigkeitsgrad mind. HZ III. Es werden alle Referenzen zugelassen, bei denen die LPH 8 nach dem 01.04.2014 abgeschlossen wurde und die LPH 8 oder die Bauausführung vor dem Ende der Teilnahmefrist abgeschlossen ist. Für den Bauleiter für die Objektplanung Gebäude: Mindestens eine Referenz über die Planung, Ausschreibung und Objektüberwachung (LPH 6-8 § 34 HOAI) für den Umbau u./od. Modernisierung eines Gebäudes, Schwierigkeitsgrad mind. HZ III. Es werden alle Referenzen zugelassen, bei denen die LPH 8 nach dem 01.04.2014 abgeschlossen wurde und die LPH 8 oder die Bauausführung vor dem Ende der Teilnahmefrist abgeschlossen ist. Referenzobjekte, die mehrere Referenzkriterien erfüllen, dürfen bei allen zutreffenden Referenzkriterien aufgeführt werden. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 30,00

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenzen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Für den Bewerber (Unternehmen/Büro) / die Bewerbungsgemeinschaft, den Projektleiter und den Bauleiter sind aussagekräftige projektbezogene Referenzunterlagen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge einzureichen. Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen (Anlage zum Bewerbungsbogen) zur Verfügung gestellt. Es werden alle Referenzen über einschlägige Dienstleistungsaufträge berücksichtigt, welche im zugelassenen Referenzzeitraum liegen und die geforderten Mindeststandards erfüllen. Zu den Referenzprojekten sind folgende Angaben über ein Projektdatenblatt abzugeben: a) Bezeichnung der Baumaßnahme, b) Auftraggeber mit Name und Anschrift, c) Anforderungen an Strahlenschutzverordnung, d) Schwierigkeitsgrad der Baumaßnahme (Honorarzone), e) erbrachte Leistungsphasen, f) Zeitraum der Leistungserbringung (von/bis) und Abschluss der LPH 8 und der Bauausführung, g) Kurze Beschreibung der Baumaßnahme. Für die Referenzprojekte gelten folgende Mindestanforderungen: Für das Unternehmen für die Technische Ausrüstung: Mindestens eine Referenz über die Planung, Ausschreibung und Objektüberwachung (LPH 2-8 § 55 HOAI) für den Umbau u./od. Modernisierung eines Gebäudes mit Anforderungen an Strahlenschutzverordnung, Schwierigkeitsgrad mind. HZ II. Es werden alle Referenzen zugelassen, bei denen die LPH 8 nach dem 01.04.2014 abgeschlossen wurde und die LPH 8 oder die Bauausführung vor dem Ende der Teilnahmefrist abgeschlossen ist. . Für den Projektleiter für die Technische Ausrüstung: Mindestens eine Referenz über die Planung, Ausschreibung und Objektüberwachung (LPH 2-8 § 55 HOAI) für den Umbau u./od. Modernisierung eines Gebäudes mit Anforderungen an Strahlenschutzverordnung, Schwierigkeitsgrad mind. HZ II. Es werden alle Referenzen zugelassen, bei denen die LPH 8 nach dem 01.04.2014 abgeschlossen wurde und die LPH 8 oder die Bauausführung vor dem Ende der Teilnahmefrist abgeschlossen ist. . Für den Bauleiter für die Technische Ausrüstung: Mindestens eine Referenz über die Planung, Ausschreibung und Objektüberwachung (LPH 6-8 § 55 HOAI) für den Umbau u./od. Modernisierung eines Gebäudes mit Anforderungen an Strahlenschutzverordnung, Schwierigkeitsgrad mind. HZ II. Es werden alle Referenzen zugelassen, bei denen die LPH 8 nach dem 01.04.2014 abgeschlossen wurde und die LPH 8 oder die Bauausführung vor dem Ende der Teilnahmefrist abgeschlossen ist. . Referenzobjekte, die mehrere Referenzkriterien erfüllen, dürfen bei allen zutreffenden Referenzkriterien aufgeführt werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 37,50

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Beschäftigtenzahl gesamt

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat des Weiteren eine Erklärung abzugeben, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers/Bieters im Bereich der Technischen Ausrüstung (inklusive Büroinhaber, ausgenommen Auszubildende und studentische Hilfskräfte) in den letzten drei Jahren ersichtlich ist. Als Mindeststandards werden gefordert: Die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers im Tätigkeitsbereich Technische Ausrüstung (inklusive Büroinhaber, ausgenommen Auszubildende und studentische Hilfskräfte) in den letzten drei Jahren muss mind. 2 Beschäftigte betragen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 20,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Personalkonzept, Organisation und Koordination im ausgeschriebenen Projekt

Beschreibung: Gem. Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien, welche Bestandteil der Vergabeunterlagen ist.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Erfahrung des mit der Ausführung des Auftrags betrauten Personals für Objektplanung Gebäude unter Anwendung der Strahlenschutzverordnung

Beschreibung: Gem. Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien, welche Bestandteil der Vergabeunterlagen ist.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 9

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Angaben zur Arbeitsweise im Hinblick auf die zu vergebende Leistung und zur konzeptionellen Vorgehensweise

Beschreibung: Gem. Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien, welche Bestandteil der Vergabeunterlagen ist.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 26

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Honorar

Beschreibung: Gem. Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien, welche Bestandteil der Vergabeunterlagen ist.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 12/07/2024 00:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYFYB/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYFYB>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYFYB>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 18/07/2024 23:59:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen (Erklärungen und Nachweise) nach Maßgabe des § 56 VgV nachzufordern. Bewerberunterlagen, die vom Auftraggeber nach dem Einreichungstermin / Ablauf der Teilnahmefrist verlangt werden, sind zu dem vom Auftraggeber bestimmten Zeitpunkt im Projektraum auf dem Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz einzureichen. Werden die nachgeforderten Unterlagen nicht fristgerecht über den Projektraum nachgereicht, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Teilnahme von Bewerber- bzw.

Bietergemeinschaften ist unter der Voraussetzung zulässig, dass diese im Auftragsfall die Form einer Arbeitsgemeinschaft annehmen, einen bevollmächtigten Vertreter bestimmen und sich vertraglich zur gesamtschuldnerischen Haftung verpflichten (s. Bewerbungsbogen inkl.

Anlagen). Es dürfen nur solche Bewerber am Wettbewerb teilnehmen und eine

Auftragsvergabe ist nur an solche Bewerber bzw. Bieter möglich, bei denen ein Bezug zu Russland im Sinne der "Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren" (Artikel 5k) nicht vorliegt. Als Nachweis ist eine entsprechende Eigenerklärung (siehe Bewerbungsbogen inkl. Anlage) vorzulegen. Für die Ausführung des Auftrags sind EDV-Schnittstellen zum Datenaustausch von CAD-Zeichnungen (mind. DXF u. DWG) und Leistungsverzeichnissen (mind. GAEB 1990) erforderlich.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Eine Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft hat im Auftragsfall die Form einer Arbeitsgemeinschaft mit gesamtschuldnerischer Haftung anzunehmen. Ein bevollmächtigter Vertreter ist anzugeben. (s. Bewerbungsbogen inkl. Anlagen)

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Überprüfungsstelle: Amt für Bundesbau -ABB-

Informationen über die Überprüfungsfristen: Gemäß § 160 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Verstoß gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen nach Erkenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, 1. die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. 2. die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Bei Zurückweisung einer Rüge beträgt die Frist für die Beantragung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: LBB Niederlassung Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz
TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Ministerium der Finanzen, vertreten durch die Zentrale des Landesbetriebs Liegenschafts- und Baubetreuung, vertreten durch die LBB-Niederlassung Idar-Oberstein, vertreten durch die Niederlassungsleitung

Registrierungsnummer: DE 194427360

Postanschrift: Am Rilchenberg 65

Stadt: Idar-Oberstein

Postleitzahl: 55743

Land, Gliederung (NUTS): Birkenfeld (DEB15)

Land: Deutschland

Kontaktperson: LBB Niederlassung Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz

E-Mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de

Telefon: +49 2619701-0

Fax: +49 2619701-444

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: LBB Niederlassung Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz

Registrierungsnummer: DE194427360

Postanschrift: Hofstraße 257a

Stadt: Koblenz

Postleitzahl: 56076

Land, Gliederung (NUTS): Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)

Land: Deutschland

E-Mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de

Telefon: +49 2619701-0

Fax: +49 2619701-444

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Amt für Bundesbau -ABB-

Registrierungsnummer: t:06131140880

Postanschrift: Wallstraße 1

Stadt: Mainz

Postleitzahl: 55122

Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)

Land: Deutschland

E-Mail: postfach@abb-rlp.de

Telefon: +49 6131-140880

Fax: +49 6131-1408810

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Registrierungsnummer: t:06131162234

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Stadt: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de

Telefon: +49 6131-162234

Fax: +49 6131-162113

Rollen dieser Organisation:

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: c020b3e0-8cb9-436c-ba65-75f3ab969e1b - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 07/06/2024 11:08:24 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 339591-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 111/2024

Datum der Veröffentlichung: 10/06/2024